Datenschutzerklärung für Nutzende Personen von der Mitglieder- und Einsatzverwaltung gemäß Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

Arbeiter-Samariter-Bund

Arbeiter-Samariter-Bund
Regionalverband
Berlin-Südost e.V.

Verantwortliche Stelle: **Arbeiter-Samariter-Bund**
Regionalverband Berlin-Südost e. V.
Pilgramer Straße 1A
12623 Berlin

1. Zweckbestimmung der Datenerhebung, -verarbeitung oder -nutzung

Wir verarbeiten personenbezogene Daten von nutzenden Personen, soweit dies zur Durchführung von Diensten, Fortbildungen und Veranstaltungen erforderlich ist. Dazu gehören insbesondere:

- Planung und Durchführung von Diensten, Fortbildungen und Veranstaltungen,
- Dokumentation der Teilnehmenden von Diensten, Fortbildungen und Veranstaltungen,
- Rechnungsstellung, Zahlungsabwicklung und Buchhaltung,
- Erstellung von internen Statistiken zu Diensten, Fortbildungen und Veranstaltungen,
- Durchsetzung und Verteidigung rechtlicher Ansprüche,
- Nachweis von gültigen Qualifikationen,
- Nachweis von Besatzungen und Einsatzteams, die in Sanitätsdiensten, im Rahmen der Berliner Notfallrettung und im Bevölkerungsschutz eingesetzt werden,
- Nachweis im Sinne des § 72a SGB VIII in Bezug auf die Verurteilung wegen Straftaten, die ein Arbeiten mit Kindern und Jugendlichen gesetzlich ausschließen.

2. Rechtsgrundlage für die Verarbeitung

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt in erster Linie auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO, soweit dies für die Nachweispflichten nach dem Rettungsdienstgesetz Berlin, dem Zivilschutz- und Katastrophenhilfegesetz und dem Sozialgesetzbuch erforderlich ist.
Ergänzend können folgende Rechtsgrundlagen einschlägig sein:

- Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO: Wenn wir personenbezogene Daten verarbeiten müssen, um einen Vertrag zu erfüllen oder vorzubereiten,
- Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO: wenn wir gesetzlichen Verpflichtungen unterliegen (z. B. handels- oder steuerrechtliche Aufbewahrungspflichten, Nachweis der Besetzung von Rettungsfahrzeugen in der Berliner Notfallrettung und von Katastrophenschutzeinheiten im Rahmen des Bevölkerungsschutzes),
- Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO: in klar abgegrenzten Fällen zur Wahrung berechtigter Interessen, sofern keine überwiegenden Interessen der betroffenen Personen entgegenstehen (z. B. IT-Sicherheit, Durchsetzung rechtlicher Ansprüche, Beanspruchung von Fördergeldern, Erhebung von internen Statistiken zu Diensten, Fortbildungen und Veranstaltungen, Nachweis von Fortbildungen und Fortbildungsstunden, Nachweis von Dienststunden, Ablage von Vereinbarungen und Verträgen, Nachweis der Mitgliedschaft und damit einhergehend für den Zusatzversicherungsschutz bei Diensten, buchhalterische Daten für Aufwandsvergütung, Nachweis von sanitätsdienstlichen Einheiten bei Sanitätsdiensten). Unser Interesse liegt in der Sicherstellung einer reibungslosen und qualitativ hochwertigen Planung und Durchführung von Fortbildungen, Veranstaltungen und Diensten,
- Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO: wenn eine Einwilligung erteilt wurde. Diese ist freiwillig und kann jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

3. Empfänger oder Kategorien von Empfängern, denen die Daten mitgeteilt werden

Personenbezogene Daten werden nur weitergegeben, wenn hierfür eine gesetzliche Grundlage besteht.

Interne Empfänger

Zugriff auf die Daten haben innerhalb des Vereins nur diejenigen Stellen, die diese zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.

Auftragsverarbeiter

Wir setzen externe Dienstleister ein, die personenbezogene Daten ausschließlich nach unseren Weisungen verarbeiten. Diese werden gemäß Art. 28 DSGVO vertraglich verpflichtet. Dazu gehören z. B. Anbieter von IT-Diensten und Hosting-Diensten. Eine vollständige Liste der aktuell eingesetzten Auftragsverarbeiter stellen wir auf Anfrage zur Verfügung.

Externe Empfänger (Dritte)

Zu den externen Empfängern gehören Stellen, die in eigener Verantwortung handeln, z. B. Banken, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Rechtsberater, Behörden oder Gerichte. Zusätzlich erhalten vereinzelt Personen anderer ASB-Gliederungen Zugriff, hierbei kann jedoch nur der Name im Zusammenhang mit Diensten, Fortbildungen und Veranstaltungen, an denen die Person teilgenommen hat oder deren Teilnahme geplant ist, eingesehen werden.

4. Datenübermittlung in Drittstaaten

Eine Übermittlung personenbezogener Daten in Länder außerhalb der Europäischen Union (EU) bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) findet nur statt, wenn hierfür eine gesetzliche Grundlage besteht.

Dies betrifft insbesondere die Zusammenarbeit mit Dienstleistern, die Teil internationaler Konzernstrukturen sind oder ihren Hauptsitz in einem Drittstaat haben (z. B. in den USA). In diesen Fällen erfolgt die Übermittlung entweder auf Grundlage eines Angemessenheitsbeschlusses der EU-Kommission nach Art. 45 DSGVO (z. B. Schweiz, UK oder das EU-U.S. Data Privacy Framework für zertifizierte US-Unternehmen) oder auf Grundlage von Standardvertragsklauseln nach Art. 46 DSGVO, ggf. ergänzt um zusätzliche technische und organisatorische Maßnahmen.

Eine Kopie der verwendeten Garantien (z. B. Standardvertragsklauseln) können Sie jederzeit bei uns anfordern. Welche Übermittlungen in Drittstaaten stattfinden können, ergibt sich aus den jeweils aktuellen Dienstleistern und wird auf Anfrage mitgeteilt.

5. Aufbewahrungsdauer personenbezogener Daten

Wir löschen personenbezogene Daten grundsätzlich, sobald der Zweck, für den sie erhoben wurden, entfällt, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten einer Löschung entgegenstehen.
Ist eine Löschung nicht möglich, z. B. weil Daten in einem elektronischen Archivsystem gespeichert sind, werden diese für eine weitere Verarbeitung gesperrt.

Die konkrete Aufbewahrungsdauer hängt von der jeweiligen Datenart ab. Eine genaue Auflistung führen wir in unserem Verzeichnis von Verarbeitungstätigkeiten gemäß Art. 30 DSGVO, das wir Betroffenen auf Anfrage gerne zur Verfügung stellen.

Daten, die wir zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, löschen wir gemäß Art. 17 Abs. 3 lit. e DSGVO nicht.

6. Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung

Nutzende Personen der Mitglieder- und Einsatzverwaltung haben nach der DSGVO insbesondere folgende Rechte:

- Auskunft über die gespeicherten Daten (Art. 15),
- Berichtigung unrichtiger Daten (Art. 16),
- Löschung (Art. 17) und Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18),
- Datenübertragbarkeit (Art. 20),
- Widerspruch gegen bestimmte Verarbeitungen (Art. 21).

7. Einwilligungen

Sofern eine Verarbeitung auf Einwilligung beruht, kann diese jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

8. Bereitstellung personenbezogener Daten

Für die Durchführung und Planung von Veranstaltungen, Fortbildungen und Diensten, Auszahlungen von Aufwandsvergütungen und der Dokumentation von Besatzungen ist es erforderlich, dass aktive Mitglieder die notwendigen personenbezogenen Daten bereitstellen. Ohne diese Daten sind die Durchführung und Planung von Diensten, Fortbildungen und Veranstaltungen nicht möglich. Bitte stellen Sie nur Daten bereit, die für die Durchführung erforderlich sind (Minimalprinzip).

9. Automatisierte Entscheidungsfindung

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling findet nicht statt.

10. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Sie haben das Recht sich an die Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden und dort Informationen über ihre Rechte aufgrund des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und sonstiger Vorschriften über den Datenschutz, einschließlich der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), zu erfahren. Darüber hinaus ist die Aufsichtsbehörde Anlaufstelle für Beschwerden bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.

Zuständige Aufsichtsbehörde für Berlin:
Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Alt-Moabit 59-61
10555 Berlin
+49 (0)30 / 13889 - 0
mailbox@datenschutz-berlin.de